

Kapitel 10

Ausblick: Übergänge insgesamt in den Blick nehmen

In den bisherigen Kapiteln ging es vor allem um die Frage nach der (stärkeren) Öffnung von Berufsausbildung für junge Menschen aus Familien mit Migrationsgeschichte. Die schon Jahrzehnte in immer neuen Auflagen geführte Diskussion unter dem Schlagwort »Übergangssystem« war stets besonders stark mit der Frage verbunden, wie die Einmündungen in eine Berufsausbildung erfolgen.¹ Sie war vor allem im Zuge der »Berufsnot« von Jugendlichen, also dem hinter der Nachfrage stark zurückbleibenden Angebot an Ausbildungsplätzen entstanden,² um sich später unter dem Aspekt der Benachteiligung vor allem auch Jugendlichen mit Migrationsgeschichte zuzuwenden.

Im Zentrum stand dabei stets die duale Berufsausbildung, in der ausbildende Betriebe eine dominante Rolle spielen. Zwar erscheint zuweilen in Formulierungen wie »Übergang Schule – Arbeitswelt« der Horizont weiter

-
- 1 Aufgrund der traditionellen Fixierung auf die Berufsausbildung als einem der »Königswege« wird das in Zeiten mangelnder Ausbildungsplätze entstandene Bündel von Maßnahmen lange Zeit als »Übergangssystem« definiert. Aber schon früh gibt es auch Vorschläge, in einem erweiterten Verständnis als Übergangssystem alle jene Ausbildungsgänge und Maßnahmen zu verstehen, die zwischen der Schule und dem Eintritt in ein qualifiziertes Arbeitsverhältnis angesiedelt sind: Brock, Ditmar/Hantsche, Brigitte/Kühnlein, Gertrud/Meulemann, Heiner/Schober, Karen (Hg.): Übergänge in den Beruf. Zwischenbilanz zum Forschungsstand, München 1991; vgl. hierzu auch Kruse, Wilfried/Expertengruppe: Jugend. Von der Schule in die Arbeitswelt, Stuttgart 2010.
 - 2 Ein Begriff, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit geprägt wurde, und auch später immer dann Verwendung fand, wenn einer hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ein deutlich geringeres Angebot gegenüberstand.

gefasst; de facto aber ist die Rede zumeist von einem bestimmten Ausschnitt der Übergänge in das Arbeitsleben, nämlich eben jenen, die sich auf das betriebsbasierte »Duale System« beziehen.

Die Rede vom »Übergangssystem« bekam zudem mit der Veränderung der Vorzeichen auf dem Ausbildungsmarkt, also dem wachsenden Ruf der Betriebe nach Bewerber*innen, einen abwertenden Beigeschmack, weil darunter vor allem die große Anzahl von berufsvorbereitenden Maßnahmen verstanden wurden, die nun als eine Art Hinderung für den »direkten Weg in die Ausbildung« betrachtet werden.³ Die Folge ist, dass sie stärker aus dem Blickfeld geraten sind, und damit auch ihr oftmals erhebliches pädagogisches Potenzial.

Blick auf duale Ausbildung integrationspolitisch wichtig, aber zu eng

Außerhalb der Betrachtung bleiben weitgehend schulische Ausbildungen mit ihrem sehr hohen Anteil von jungen Frauen, während die »duale Ausbildung« vor allem in ihrem gewerblich-technischen Segment nach wie vor als eine männlich bestimmte Domäne angesehen werden kann.⁴ Unter Chancengesichtspunkten weniger beachtet werden zudem auch die Wege ins Studium. Vor diesem Hintergrund setzt sich eine integrationspolitische Konzentration auf die Öffnung von »dualer Berufsausbildung« möglicherweise dem Verdacht aus, auf ihre Weise dem Modell einer schicht- und herkunftsabhängigen, aber auch genderbezogenen »Passung« von Bildungsgängen zu folgen oder sie sogar noch zu verstärken. Was ist damit gemeint? Durch die Geschichte der deutschen Berufsausbildung hindurch ist gut zu erkennen, dass ihre Funktion vor allem darin bestand, die Kinder – und hier vor allem die Söhne – aus der Arbeiterschaft als Nachwuchs in fachlich versierte ausführende Tätigkeiten einzupassen. Diese »soziale Reproduktion« hat mit der Bildungsexpansion der 60er und 70er Jahre ihre quasi natürliche

3 Vgl. hierzu u.a. Schultheis, Kathrin/Sell, Stefan: »Die drei Sektoren der beruflichen Bildung – Übergangssystem«, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitstrukturpolitik/187852/uebergangssystem> vom 11.8.2014.

4 Paul-Kohlhoff, Angela: »Berufliche Bildung in Deutschland – ein männliches Projekt?«, in: Kuda, Eva/Strauß, Jürgen/Spöttl, Georg/Kaßbaum, Bernd (Hg.): Akademisierung der Arbeitswelt? Zur Zukunft der beruflichen Bildung, Hamburg 2012, S. 259–266.

Selbstverständlichkeit verloren, wirkt aber – vor allem vermittelt über schulische Leistungsdifferenzen – stark nach. Trotz aller Reformanstrengungen innerhalb der Berufsausbildung selbst – und auch trotz so fantasieicher und aufbauender Werbung wie der des Handwerks – ist es nicht gelungen, das *Prestige* von Berufsausbildung so weit zu erhöhen, dass sie *nicht* als »2. Wahl« erscheint.

Wie attraktiv ist Berufsausbildung für Jugendliche?

Verbunden wird mit Berufsausbildung nach wie vor die Erwartung/Befürchtung, beruflich im unteren Teil der sozialen Hierarchie zu landen und wenige Chancen zu haben, daran im Laufe des Arbeitslebens viel ändern zu können. Dem widerspricht auch nicht, dass große und bekannte Betriebe nach wie vor für ihre Ausbildungsplätze eine sehr hohe Anzahl von Bewerber*innen haben. Hier verspricht der Betrieb und nicht der Ausbildungsweg an sich Prestige, gute Bezahlung und Aufstiegschancen.

Man begegnet bei vielen Jugendlichen einer starke Skepsis gegenüber den »Versprechen«, die von der Berufsausbildung ausgehen. Bei Jugendlichen aus Familien mit Migrationsgeschichte sind diese z.T. noch einmal verstärkt durch mangelnde Kenntnis und mangelnden Umgang der Familien mit Berufsausbildung, sowohl im Herkunftsland als auch hier. Oftmals kommt aber unter heutigen Bedingungen auch gymnasiale Bildung und Studium nicht infrage, obwohl der Anteil der Abiturient*innen an allen Schulabgänger*innen stark gestiegen ist. Diese Haltung der Berufsausbildung gegenüber ist auch bei vielen Jugendlichen in den Schulen anzutreffen, die mit *Berlin braucht dich!* zusammenarbeiten. Schon 2010 wurde erwartet, dass ein wachsender Teil von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte den Versuch unternehmen werde, Berufsausbildung *zu vermeiden*: »Wenig spricht aber für die Annahme, dass sich diese wachsende Gruppe von gut vorgebildeten Jugendlichen mit Migrationshintergrund dann, wenn ihnen der Weg ins Abitur offen steht, anders entscheiden würde/werde als herkunftsdeutsche Jugendliche.«⁵

⁵ Kruse, Wilfried: Berlin braucht dich! – Über den Öffentlichen Dienst hinaus? Dortmund 2010, S. 5.

Abitur als die 1. Wahl

Die damit auch aufgerufene Problematik des »selektiven Bildungssystems« hat Klaus Jürgen Tillmann zusammenfassend so formuliert:

Die enge Verknüpfung von Übergang und Leistungsauslese führt dazu, dass biografische Erfahrungen in einem hohen Maß mit den Kategorien von ›Erfolg‹ und ›Versagen‹ verknüpft sind. Individualisierung bedeutet dann auch, in Laufbahnen unterschiedlichen Prestiges eingewiesen zu werden. Dies alles führt dazu, dass bei solchen Übergängen in besonders starkem Maße ein leistungsorientiertes Selbstbild (sei es positiv oder negativ) geprägt wird.⁶

Berufsausbildung auf Fachkräfteniveau wird – so die damalige Vermutung – bei diesen jungen Leuten nur dann wirklich in den Blick kommen, »wenn die Attraktivität von betrieblicher Berufsausbildung als gleichwertiger Option gegenüber Abitur (und Studium) wächst und wenn dies während der mehrjährigen Berufsorientierungsphase auch erfahrbar wird«⁷ Aber wie ist das mit denjenigen, für die das Abitur als erreichbare Option aktuell nicht offensteht? Kann man ihnen raten, sie ermuntern, ihnen nahelegen den Weg in die Berufsausbildung zu gehen – so, wie *Berlin braucht dich!* es konsortial versucht? Und was ist mit jenen, die dennoch kaum eine Chance auf einen Ausbildungsort haben?

Die integrationspolitischen Dilemmata einer Konzentration auf diesen Ansatz sind greifbar, zumal sich die Betriebe, die im Konsortium mitarbeiten, nach wie vor schwertun, ihre Ausbildung vorbehaltlos für genau diese jungen Menschen zu öffnen.

⁶ Tillmann, Klaus-Jürgen 2013: »Die Bewältigung von Übergängen im Lebenslauf – eine biografische Perspektive«, in: Bellenberg, Gabriele/Forell, Matthias (Hg.): Bildungsübergänge gestalten. Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis, Münster 2013, S. 15-32, hier 28.

⁷ Kruse, Wilfried: Berlin braucht dich! – Über den Öffentlichen Dienst hinaus? Dortmund 2010, S. 5.

Ein doppelter Ansatz: Betriebe müssen sich für Vielfalt öffnen

Eine Antwort darauf war und ist ein *doppelter, eng miteinander korrespondierender Ansatz*, der von Anfang an *auch* verfolgt wurde, nämlich nicht nur die jungen Leute mit einer Ausbildungsperspektive vertraut zu machen, sondern die Betriebe – und ihren Lernort-Partner Berufsschule – dazu anzuregen, sich durch eine angemessene *Ausbildungsgestaltung* auf Vielfalt einzustellen, und zwar einschließlich einer Vielfalt bei den *Einstiegsprofilen* der Auszubildenden, was schulische Voraussetzungen, bisherige Lernerfahrungen und die Herkunft aus unterschiedlich weit der modernen Arbeitswelt entfernten Milieus betrifft.

Diese Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen doppelten, miteinander korrespondierenden Ansatzes war schon früh da, sah sich aber diversen Schwierigkeiten ausgesetzt, die immer wieder die Gefahr einer Vereinseitigung eines nahezu ausschließlichen Blicks auf die Jugendlichen mit sich brachten.

Wie die Wiederaufnahme des *doppelten Ansatzes* im Rahmen von *Berlin braucht dich!* und darüber hinaus in Berlin erfolgte, wurde in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben. In diesem Zusammenhang markierte das JahresforumExtra »Vielfalt in der Ausbildung«, das gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative und dem Berliner Integrationsbeauftragten im Dezember 2016 veranstaltet wurde, einen wichtigen Schritt, auch im Hinblick auf die Wiederaufnahme dieses Themas in der Berliner *fachlich-politischen Öffentlichkeit*.⁸ Auch die 2017 aufgelegte Kampagne *Ausbildung – eine Frage der Einstellung* mit ihrer Botschaft, dass Betriebe Vielfalt »können«, zielt in dieselbe Richtung.

Dennoch: Die Zugänglichkeit zum »Dualen System der Berufsausbildung« bleibt unter den gegebenen Bedingungen letztlich beschränkt: auf seine »Exklusivität« hat Günter Kutscha auf dem JahresforumExtra 2016 noch einmal nachdrücklich hingewiesen:

Zur Vielfalt gehört auch jener Teil der Jugendlichen, die sich der Eingliederung in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem mangels realistischer Perspektiven oder in Folge von »Selbstausgrenzung« aufgrund subjektiver

⁸ www.kommunale-koordinierung.de/uploads/tx_news/JFX_2016_Kutscha_Vielfalt_Theesen_Ver18-12-2016.pdf

Erfahrungen mit der fehlenden bzw. defizitären Integrationskraft des Übergangssystems entziehen ... Mehrfach haben die Spitzenverbände der Jugendhilfe an einer einseitigen, auf Arbeitsförderung und Eingliederung in das Ausbildungssystem zentrierten Politik der »Bestenauslese« im Rahmen berufsvorbereitender Maßnahmen öffentlich Kritik geäußert und eine stärkere Berücksichtigung der Problemlagen jener Jugendlichen gefordert, für die das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem keine Integrationschancen bereit hält. Schutzbuchende und Asylanten sind derzeit davon besonders betroffen ... Bildung im Medium des Berufs? – Ja, wo immer die Lebenssituationen dafür eine sinnvolle Voraussetzung bieten. Allerdings wird sich unsere Gesellschaft dem Problem stellen müssen, allen Jugendlichen in aller Vielfalt auch außerhalb formalisierter Berufslaufbahnen Aufgaben anzubieten und Angebote zu machen, bei denen sie sich bewähren können und ihren Eigensinn unter Beachtung der Regeln gesellschaftlichen Zusammenlebens entfalten können.⁹

Ein erweitertes Verständnis vom Übergang Schule – Arbeitswelt

Integrationspolitisch kann dies nur bedeuten, von einem *erweiterten Verständnis von Übergängen*, hier: von Übergängen in die Arbeitswelt, auszugehen und die verschiedenen Übergangswege oder auch Übergangsschicksale insgesamt in den Blick zu nehmen, also danach zu fragen, wie diese sich zu einem Übergangssystem verknüpfen und welche *Qualität* dieses System hat. Damit ist schon gesagt, dass wir die enge und problematische Einengung der Definition von Übergangssystem als eines »Systems zusätzlicher Maßnahmen« zugunsten eines weiten Verständnisses überschreiten, in dem der Maßnahmen-Komplex als ein *Teil* dem gesamten bestehenden Übergangssystem zugerechnet wird.

Zum erweiterten Verständnis von Übergängen in die Arbeitswelt wird auf eine Argumentation zurückgegriffen, die anlässlich der Abschlussveranstaltung des Berliner Projekts »Regionales Übergangsmanagement« (RÜM) 2012 entwickelt wurde:¹⁰

⁹ www.kommunale-koordinierung.de/uploads/tx_news/JFX_2016_Kutscha_Vielfalt_Thesen_Ver18-12-2016.pdf

¹⁰ Vgl. Kapitel 3.

Was also ist Sache? Wir blicken auf mehr als ein Jahrzehnt einer Ausbildungsmarktkrise zurück, mit tiefgreifenden Folgen für mehrere Jugendlichen – Generationen, von denen ein nicht unerheblicher Teil große Schwierigkeiten hatte, erfolgreich in Ausbildung und Arbeitsleben einzumünden oder sogar scheiterte. Das hat tiefe Spuren im Bewusstsein hinterlassen: das Vertrauen in die »Königswege« in die Arbeitswelt, das es einst gab, ist dahin. Und zwar wohl mit Recht: denn an Stelle der einstmaligen Verlässlichkeit von Königs wegen ist der Zwang getreten, sich seinen Weg zu suchen und zu finden und diesen Weg zu optimieren. Jene fest umrissenen Wege, von denen in der Vergangenheit ausgegangen wurde, nämlich der direkte Durchstieg für Kinder aus den bürgerlichen Familien über Abitur in eine akademische oder Dienstleistungs- oder Verwaltungs-Karriere oder für die Kinder aus der Arbeiterschaft mit einer Ausbildung auf einen Arbeitsplatz, wo man ein Leben lang bleibt, sind nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme. Es geht demzufolge darum, darauf zu achten, dass alle Wege in die Arbeitswelt hinein für die Heranwachsenden ein Optimum an Chancen für die Lebensgestaltung beinhalten.

Schwierigkeiten, einen guten Weg von der Schule in die Arbeitswelt zu finden, haben heute nicht nur diejenigen, die wir gemeinhin als die Benachteiligte bezeichnen. Sondern: generelle Orientierungsschwierigkeiten im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt und auch die Suchbewegungen, die damit verbunden sind, haben sich im Grunde genommen nahezu auf alle Heranwachsenden ausgedehnt. Der Übergang Schule – Arbeitswelt ist für Jugendlichen insgesamt zu einer erheblichen Herausforderung geworden, wenngleich nicht für alle gleichermaßen risikoreich. Wenn man über dann über Handlungsprioritäten redet, muss man auf diejenigen achten, bei denen diese Orientierungsprobleme zu einem besonderen Risiko werden.¹¹

¹¹ Kruse, Wilfried: »Dimensionen landesweiter Steuerung am Übergang Schule – Beruf«. Vortrag anlässlich der Abschlussveranstaltung des BMBF-Projektes RÜM Berlin am 15.03.2012 im Palais Kulturbrauerei, Berlin. www.perspektive-berufsabschluss.de/downloads und: vimeo.com/XENOS_Panorama_Berlin Videos

Übergangsgestaltung als Daueraufgabe

Warum also ist davon auszugehen, dass es im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt dauerhaft Herausforderungen und Probleme geben wird, und nicht nur konjunkturell oder zwischenzeitlich? Das hat im Wesentlichen fünf Gründe.

Erstens: Schule und Arbeitswelt sind zwei ganz unterschiedliche gesellschaftliche Teilsysteme, die eigene Logiken und Entwicklungsdynamiken haben. Dass z.B. die Arbeitswelt Dynamiken von Anforderungsveränderungen und Turbulenzen kennt, haben wir in den letzten Jahren verstärkt erfahren können, während das Schulsystem bei allen Veränderungen in den letzten Jahren insgesamt gesetzter, verregelter und schwerfälliger geworden ist. Von daher gibt es hier immer eine Art Grundspannung und es ist nicht davon auszugehen, dass man die beiden Teilsysteme passgenau aufeinander beziehen kann. Wer glaubt, das zu können, der folgt einer planwirtschaftlichen Illusion, die für unsere komplexen Gesellschaften nicht mehr tragfähig ist. Von daher wird es am Übergang Schule – Arbeitswelt immer zu Schwierigkeiten kommen. Die Frage ist: Wie groß werden die Schwierigkeiten? Wie stark treffen sie die einzelnen?

Zweitens: Wenn man den direkten Weg der dualen Berufsausbildung für einen wichtigen, möglicherweise für den wichtigsten Weg neben dem Abitur/Studium hält, dann muss man immer berücksichtigen, dass die duale Berufsausbildung von ihren wesentlichen Charakteristika her vor allem Teil des Beschäftigungssystems ist und an einzelbetrieblichen Entscheidungen hängt, und dies vor allem in der Frage, wie viele betriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden und in welchen Berufen ausgebildet wird. Aber vor allem auch: Wer wird als Auszubildende*r eingestellt? Dieser Einstellungsvorbehalt ist ein wesentliches Charakteristikum unseres dualen Ausbildungssystems. Von daher ist nicht zu erwarten, dass es einen reibungslosen Ausgleich zwischen denen gibt, die einen Ausbildungsplatz haben wollen, und denen, die Ausbildungsplätze bieten, weil der Markt dazwischen ist.

Drittens: Die »Königswege« haben sich aufgelöst. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen von heute haben es offenbar subjektiv viel schwerer, für sich den richtigen Weg zu finden, als in der Vergangenheit. Zugleich stellt sich für sie auch die Sinnfrage stärker als früher: Was mache ich mit meinem Leben?

Viertens: Die Phase von Bildung und Ausbildung hat sich biographisch verlängert, wenn man als ihren Endpunkt eine Situation annimmt, in dem eine Person durch Arbeit ein eigenständiges Leben führen kann. Der alte Spruch »Erst die Ausbildung, dann das Leben« greift nicht mehr. Die wichtigen Lebensaufgaben reihen sich nicht mehr aneinander, sondern stellen sich gleichzeitig, was die persönlichen Lagen insgesamt wesentlich krisenanfälliger macht.

Fünftes: Die veränderten Vorzeichen auf dem Arbeitsmarkt und der im Hintergrund drohende Fachkräftemangel sorgen zwar für Entspannung auf der Angebotsseite des Ausbildungsgeschehens, aber sie erledigen für bestimmte Gruppen von Jugendlichen die Schwierigkeit, einen Ausbildungsplatz zu finden, nicht. Es müssen Unterstützungssysteme etabliert werden, die es Jugendlichen mit schwierigeren Einstiegsvoraussetzungen erleichtern, die betrieblichen Anforderungen sowie die Anforderungen der Berufsschule zu bestehen. Ausbildungssicherung, die sich sowohl an die Auszubildenden als auch an die ausbildenden Betriebe richtet, wird ein zentrales Element sein wird, wenn man das Ankommen in der Arbeitswelt stärken und stützen will.

In diesem fünffachen Sinne also bleibt Übergangsgestaltung Daueraufgabe. Das heißt, die systematische Einflussnahme darauf, dass den jungen Erwachsenen erfolgreiche Einstiege in die Arbeitswelt gelingen, bleibt eine zentrale dauerhafte und damit auch öffentliche Aufgabe. Dies kann die öffentliche Hand allerdings nicht allein, sondern nur in Kooperation bewältigen. Oder noch einmal zusammenfassend formuliert: Übergangsgestaltung darf nicht an oder vor der ersten Schwelle stehen bleiben. Gemeint ist damit der Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder ein Studium. Sie muss die lang gestreckten übergangsbiografischen Verläufe ins Auge fassen. (Stichworte u.a.: Sicherung von Ausbildungserfolg und Einstieg in Arbeit nach Ausbildungsende). Das »Lehrstück Übergang« zwingt dazu, nicht nur Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Betracht zu ziehen, sondern auch die Sicht der Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst. Attraktivität und Qualität von Ausbildung sowie Fragen von Zugang, Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit werden so – aus beiden Perspektiven – zu zentralen Zielgrößen.

Prämissen für ein förderliches Übergangssystem

Aus diesen Zusammenhängen lassen sich wichtige »Bauprinzipien« für ein Übergangssystem entwickeln:

Gelingender Übergang ist eine wichtige biografische Weichenstellung: Alle jungen Menschen, die in Berlin aufwachsen, benötigen Bildung und Ausbildung, die ihnen persönliche Entwicklungsoptionen bieten, Grundlage für eine selbständige Lebensführung sind und die gesellschaftliche Teilhabe fördern. Beachtet werden muss dabei, dass Berlin eine Metropole ist, die durch Einwanderung wesentlich mitgeprägt ist. Gelingende Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt sind für alle als biografische Weichenstellung von großer Bedeutung.

Gelingende Übergänge sind wichtig für die soziale, wirtschaftliche und demokratische Zukunft Berlins: Berlin braucht diese jungen Menschen für eine soziale, demokratische, wirtschaftlich starke und lebenswerte Zukunft in der Metropole. Gute Bildung und Ausbildung für alle sind der Motor der künftigen Entwicklung Berlins und sichert Kontinuität und Innovation. Dies gilt insbesondere auch für Berlin als modernem Industriestandort und in Hinblick auf eine soziale Infrastruktur, wie sie alle Generationen für ein gutes und sicheres Leben benötigen. Gelingende Übergänge sind deshalb als Zukunftssicherung für Berlin von großer Bedeutung.

Neues konsistentes und optionsreiches Übergangssystem: Das Land Berlin benötigt deshalb ein Übergangssystem »aus einem Wurf, dessen Aufgabe es ist, gelingende Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt für alle Jugendlichen zu fördern und zu sichern. Dabei geht es keineswegs darum, »das Rad neu zu erfinden«, sondern an Bestehendem und Bewährtem anzuknüpfen, aber auch neue Bausteine hinzuzufügen, wo dies erforderlich ist. Insbesondere sollen aber Verknüpfungen in einer Weise hergestellt werden, dass im Ergebnis das neue Übergangssystem in sich konsistent und transparent ist, seine Wege für die Jugendlichen optionsreich sind und seine laufende Überprüfung und Weiterentwicklung erfolgt.

Erweitertes Verständnis von Übergang: Es wird ein in zweifacher Weise erweitertes Verständnis von Übergang und Übergangsgestaltung zugrunde gelegt. Zum einen wird ein längerer Zeitraum ins Auge gefasst, der nicht schon bei der »1. Schwelle«, sondern erst dann endet, wenn der junge Erwachsene in der Arbeitswelt gut angekommen ist. Dieser Zeitraum umschließt also ausdrücklich auch die Phase der Berufsausbildung. Zum anderen richtet

sich das »Neue Übergangssystem« nicht nur an Benachteiligte, sondern an alle, weil für alle die Übergänge im Sinne des Wortes problematisch geworden sind. Vermeidung, Verringerung und Korrektur von Benachteiligungen bleiben aber zentrale Gestaltungsaufgaben.

Verantwortung und Verantwortungsgemeinschaft: Es ist öffentliche Verantwortung, für eine wirkungsvolle Gestaltung des »neuen Übergangssystems« Rechnung zu tragen. Dies kann die öffentliche Hand aber ohne eine enge Zusammenarbeit mit allen Akteuren, die im Übergang verantwortlich tätig sind, nicht leisten. Erfolgreiche Übergangsgestaltung setzt eine breite, verbindliche und handlungsfähige Verantwortungsgemeinschaft voraus.

Bildungstyp Berufsausbildung muss aufgewertet werden: Dem erweiterten Verständnis von Übergang folgend, macht es Sinn, vom Zeitpunkt her zu blicken, an dem das Ankommen in der Arbeitswelt gut gelungen ist. Aus dieser Sicht bedarf derjenige Bildungsweg, der neben Abitur und Studium in die Arbeitswelt führt, nämlich die Berufsausbildung, einer Aufwertung. Hier stehen zwei miteinander korrespondierende Ansätze im Vordergrund: erstens die Mobilisierung und Sicherung weiterer qualifizierter betrieblicher Ausbildungsplätze, und zweitens die Verbesserung der Attraktivität der Ausbildung für Jugendliche, insbesondere auch für jene, die bislang zur betrieblichen Berufsausbildung keinen Zugang gefunden haben oder die Option nicht interessant fanden. Eine aktive betriebliche Haltung der »Öffnung« und der »Willkommenskultur« ist hierfür unverzichtbar.

Knappes Gut Lernort Betrieb mobilisieren: Bei der Ausweitung des Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen steht stets ihre Qualität im Vordergrund, und zwar sowohl in fachlicher als auch in pädagogischer Hinsicht. Hierzu werden Zielgrößen entwickelt. Der Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsverbünde, die Antwort auf die Berliner Betriebsstruktur sind, ist eine wichtige Option. Auch die Tarifvertragsparteien können sich die Mobilisierung weiterer Ausbildungsplätze guter Qualität zur Aufgabe machen. Die dynamische Entwicklung, die das »duale Lernen« in seinen verschiedenen Formen findet, demonstriert, dass der Lernort Betrieb im Zuge des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt unverzichtbar ist. Die Sicherung des Lernorts Betrieb in ausreichender Menge und guter Qualität ist deshalb eine zentrale Aufgabe der »Berliner Verantwortungsgemeinschaft Übergang«.

Das berufsqualifizierende System neu justieren: Stabilisierung, Ausbau und Weiterentwicklung der betrieblichen Berufsausbildung (sogenanntes »duales System«) sind zentral; die betriebliche Berufsausbildung ist und

bleibt aber nur ein – wenn auch sehr wichtiger – Teil des Berliner Systems der Berufsbildung. Die vollschulischen Ausbildungsgänge haben ebenfalls ein erhebliches Gewicht. Ein weitere »Säule« umfasst diverse ausbildungsvorbereitende oder teilqualifizierende Maßnahmen, die eine »Brücke« in Ausbildung bilden sollen. Dieses in sich differenzierte Berliner berufsqualifizierende System wird auf Konsistenz, Qualität und Optionshaltigkeit jedes Ausbildungsgangs hin erneut überprüft und sortiert. Als Prinzipien hierbei müssen gelten: Anschlussfähigkeit, Gleichwertigkeit und Förderung von Diversität. Die Oberstufenzentren bilden berufsschulisch die »Klammer« zwischen allen Teilen des berufsqualifizierenden Bildungssystems. Sie müssen bei der Neujustierung als Berufliche Kompetenzzentren in den Blick genommen werden.

Entwicklungspotenziale der Jugendlichen ins Zentrum rücken: Weder die Vorstellung, dass manchen Jugendlichen lediglich noch die Disziplin betrieblicher Arbeit helfen könne, noch die Idee von der »Passgenauigkeit« sind vor diesem Hintergrund wirklich tragfähig. Auch die die Formel, dass »Jeder Ausbildungsplatz besser als keiner« sei oder der unhinterfragte Vorrang »dualer« vor jeder anderen Form der Berufsbildung ist in dieser Allgemeinheit zweifelhaft. Zentraler Bezugspunkt müssen die Interessen und Fähigkeiten und die eigenen Lebensentwürfe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bleiben. Heute sind wir von der Gleichwertigkeit der verschiedenen Wege ins Arbeitsleben noch weit entfernt. Sie wäre besser gewährleistet, wenn die Zugangschancen zu den verschiedenen Wegen in die Arbeits- und Erwachsenenwelt sozial weniger selektiv wären, ihre jeweilige Qualität die Optionsmöglichkeiten der Lernenden erweitern würden und wenn sich einmal getroffene Wegeentscheidungen mit vertretbarem Aufwand korrigieren ließen.

Koordinierungssystem etablieren; »Fokus Migration« systematisch berücksichtigen: Allerdings braucht das »Neue Übergangssystem« auch dann, wenn es etabliert wird, eine dauerhafte Koordinierung. Dies ist in dem stetigen Optimierungsbedarf, der durch eine zyklische Arbeitsweise von regelmäßigen Bilanzierungen und der Verabredung zu zeitlich gefristeten Handlungsplänen hinterlegt wird, begründet. Das System muss korrektur- und innovationsfähig bleiben und auch die Mobilisierung des Lernorts Betrieb ist eine kontinuierliche Herausforderung. Koordinierung ist sinnvoller Weise als »Zwei-Ebenen-Ansatz« zu praktizieren: nämlich als landesweite Koordinierung und als »Koordinierung vor Ort« auf Bezirksebene, weil sie dort

lebensweltnah angesiedelt ist. Mechanismen, die diese beiden Ebenen in Korrespondenz zueinander setzen, müssen entwickelt werden.

DGB: Gelingende Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt

Die Frage, wie Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt für alle besser gelingen können als in der Vergangenheit, ist immer wieder Thema des öffentlich-politischen Diskurses. In diesen Diskurs hat sich der DGB Berlin-Brandenburg mehrfach pointiert eingeschaltet.

Der DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg hat auf zwei aufeinander folgenden Konferenzen, nämlich 2014 und 2018, grundlegende Beschlüsse zur Notwendigkeit eines Berliner Übergangssystems gefasst.¹²

Unter der Überschrift »Gelingende Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt: Zukunftssicherung für die Metropole Berlin« heißt es u.a.: »Deswegen muss besonderes Augenmerk auf die Qualität der Berufsausbildung selbst gerichtet werden, insbesondere auch in Hinblick auf die gewachsenen pädagogischen Herausforderungen. Dabei sind *beide* Lernorte der dualen Berufsausbildung von Bedeutung, also nicht nur die Betriebe, sondern auch die Berufsschulen und insbesondere ihre pädagogische Kooperation. Die Mobilisierung des Lernorts Betrieb ist eine zentrale Zukunftsaufgabe«.¹³ Dies wird als eine gemeinschaftliche Aufgabe aller Akteure verstanden und in dieser Hinsicht positiv auf den Konsortialansatz von *Berlin braucht dich!* bezogenenommen. *Berlin braucht dich!*, die Einführung des WAT-Unterrichts und des »dualen Lernens«, die Vorlage des Landeskonzekts der Berliner Berufs- und Studienorientierung und das Modell der Berliner Jugendberufsagenturen mit ihren Bezirklichen Standorten werden als neue Strukturelemente im Übergangssystem genannt; aus Sicht des DGB stehen sie aber additiv nebeneinander und nicht »kohärent« aufeinander bezogen. Erforderlich sei: »Die unterschiedlichen Modelle und Koordinierungsansät-

¹² IG Metall Berlin: Beschluss Boo2: Gelingende Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt: Zukunftssicherung für die Metropole Berlin. In: DGB Berlin-Brandenburg: Beschlüsse der 7. DGB Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg 2018.

¹³ Ebd.

ze sind weiterzuentwickeln zu einem landesweit abgestimmten Landesprogramm ›Neues Übergangssystem Berlin.‹»

Übergänge: ein Lehrstück

Schließlich ist die Frage einer guten Übergangsgestaltung auch eng damit verknüpft, wie sich Zusammenleben und Demokratie künftig entwickeln werden; Übergang ist also auch ein *Lehrstück* darüber, welche Teilhabechancen die Gesellschaft bietet. Dieser Zusammenhang wurde schon bei einer der ersten Jahresforen der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative 2011 aufgerufen:

Die Erfahrungen, die die jungen Erwachsenen im Übergang machen, sind von daher zugleich und ganz wesentlich auch als Erfahrungen mit unserer Gesellschaft und ihren Umgang mit zentralen Werten zu verstehen. Der Umgang mit den jungen Menschen im Übergang muss deshalb von Anbeginn an und durchgehend durch Respekt vor ihrer eigenständigen Persönlichkeit und durch Solidarität geprägt sein. Respekt und Wertschätzung übersetzen sich im Übergangsgeschehen vor allem darin, ein realistisches Bild des Arbeitslebens und der in ihm vorhandenen Perspektiven erfahrbar zu machen und zu vermitteln und den jungen Leuten deren eigene Startbedingungen und Voraussetzungen und deren Optimierungsmöglichkeiten kritisch zu spiegeln, ohne sie zu bedrängen, zu nötigen oder in Panik zu versetzen. Sich Ausprobieren schließt ein, dass Entscheidungen auch ohne unangemessene persönliche Kosten revidierbar sein müssen.¹⁴

Fazit

Im Kapitel 10 wurde ein Bogen zur Ausgangssituation um das Jahr 2007 geschlagen, die vor allem Thema des ersten Kapitels war. Nachgezeichnet wurde dort für das Feld des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt

¹⁴ Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative: Hoyerswerdaer Erklärung – Lehrstück Übergang. Jahresforum 2011, in: Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (Hg.): Lokale Bildungsverantwortung, Stuttgart 2013, S. 398-401.

eine integrationspolitisch grundierte doppelte Konzentration: auf die duale Berufsausbildung und zunächst auf den Öffentlichen Dienst, mit späteren Ausweiterungen auf die Betriebe mit Landesbeteiligung und die Metall- und Elektro-Branche.

Die integrationspolitische Konzentration auf die duale Berufsausbildung ist auf der einen Seite durch das Entwicklungspotenzial, das Bildung im Medium von Betrieb und Beruf vorhält, wie in Kapitel 7 ausgeführt, gut begründet. Auf der anderen Seite ist die duale Berufsausbildung nur ein Segment oder ein Weg im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt, der zudem gegenüber weiterführender Schule und Abitur weniger attraktiv erscheint, zugleich aber aufgrund der entscheidenden Rolle, die die ausbildenden Betriebe spielen, auch mit beträchtlichen Zugangsbarrieren verbunden ist, wie im Kapitel 8 am Beispiel der Schüler*innen aus den bei *Berlin braucht dich!* mitarbeitenden Schulen beispielhaft gezeigt wurde. Im doppelten Ansatz weiter verbesserter, den Lernort Betrieb nutzender, aber schulisch gut gestalteter Berufsorientierung *und* einer vielfaltorientierten hohen Ausbildungssqualität in Betrieb und Berufsschule in Kooperation zwischen ihnen wurde eine Option gesehen, erhöhte Attraktivität mit niedrigschwelliger Zugänglichkeit zu dualer Ausbildung zu verbinden.

Es ist aber – so wird im vorliegenden Kapitel 10 argumentiert – auch integrations- und teilhabepolitisch geboten, gegenüber dieser Engführung auf »duale Ausbildung« ein erweitertes Verständnis des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt zugrunde zu legen. Dieses erweiterte Verständnis bezieht sich nicht nur auf die verschiedenen Wege, die für den Übergang bereitstehen, sondern auch darauf, den Übergang als einen biografisch langgestreckten Prozess zu verstehen, der im Grunde erst endet, wenn die jungen Erwachsenen gut in einer Arbeitstätigkeit angekommen sind.

Die integrations- und teilhabepolitische Fokusfunktion – wie sie in Kapitel 3 skizziert wurde – müsste sich demnach mitgestaltend auf alle Übergangsverläufe beziehen und dazu beitragen, aus ihnen ein transparentes Übergangssystem zu formen, in dem ein Übergang zwischen verschiedenen Wegen und deren Kombination niedrigschwellig möglich wird. Hierzu werden einige *Prämissen* formuliert, die dazu dienen könnten, die Öffnung von Berufsausbildung chancenreich einzubetten.

Schon in den 2010er Jahren wurde, wie in Kapitel 3 skizziert, die Formung eines Berliner Übergangssystems hin und wieder zum Thema, zumal dies in anderen Bundesländern, wie z.B. in Hamburg und in NRW, tatsäch-

lich in Angriff genommen wurde. Im Zeitraum seit 2007, als das Integrationskonzept vorgelegt wurde, bis heute sind in vielen Teilstufen wichtige Ansätze und Modelle entwickelt, Verfahren geklärt und eine Fülle von Erfahrungen und Erkenntnissen gesammelt worden. Der Herausforderungen, die mit dem Ankommen vieler junger Geflüchteter verbunden waren, haben Impulse für weiterführende und vor allem auch strukturbildende Aktivitäten ausgelöst, wie im Kapitel 9 skizziert wurde. Das Erfordernis, Übergänge stets auch unter einer integrations- und teilhabeorientierten Perspektive zu betrachten und zu gestalten, ist in dieser Zeit nicht nur deutlicher geworden, sondern findet auch im Vergleich zu 2007 ungleich mehr Akzeptanz und Zustimmung. Es scheint also ein guter Zeitpunkt zu sein, die Arbeit an einem kohärenten, chancengerechten, vielfaltorientiertem und förderlichen Berliner Übergangssystem auf die Tagesordnung zu setzen.

Dies ist zugleich mit der Frage verknüpft, wie sich die Verhältnisse in unserem demokratischen Gemeinwesen weiter entwickeln werden. Denn für die jungen Menschen, die hier aufwachsen, ist der Übergang Schule – Arbeitswelt nicht nur eine wichtige Weichenstellung für ihr Leben, sondern zugleich auch ein *Lehrstück*: Die Erfahrungen, die im Übergang gemacht werden, sind zugleich auch Erfahrungen mit unserer Gesellschaft, ihren Versprechen und ihrem tatsächlichen Umgang mit zentralen Werten.